

# Wöchentliches Anzeiger

für Deutschern

und Umgegend

Einzelnenpreis: Die schlagballene Korpuskelle 8.—M., Wellenmasse 14.—M.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeitungsstraße 10, bis spätestens Vormittag 9 Uhr. Früher und komplizierter Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Ercheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag, abends 6 Uhr für den folgenden Tag.



Monatlicher Bezugspreis: Durch unsere Geschäftsstelle 63.00 RM, von unserer Kasse bei Bank 65.00 RM, Einzelnummer 600 Hg.

Stierjährlinge und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeitungsstraße 10, auch von unseren Werten und über Postanweisung angenommen.

Ausliches Verbandsorgan für die Stadt Genua.

Nr 137

Dienstag, den 21. November 1922.

61. Jahre

## Der zweite Auftrag Cunos.

— Berlin, den 19. November.

Die Mission Cunos fand gestern bereits vor dem Scheitern. Im dem Erfolge seiner Bemühungen, ein Kabinett zustande zu bringen, verjüngte, richtete Dr. Cuno an den Reichspräsidenten einen Brief, in dem er erklärte, seine Aufgabe würde an dem Verhalten der Parteien scheitern. Zwar seien alle Parteien, die in Betracht kommen, darüber einig, daß sie das Programm der Reparationsnote vom 30. November als das richtige anerkennen. Aber jede der Parteien habe sich dazu verweigert, bestimmte Personen in dem zukünftigen Kabinett zu sehen, und die anderen Parteien haben immer gerade jeweils Personen als für sie unannehmbar erklärt. Nach einer nochmaligen Ansprache mit Dr. Cuno hat darauf der Reichspräsident Dr. Cuno schriftlich beauftragt, nimmere den Versuch zu machen, ein Kabinett zustande zu bringen, das über den Parteien steht, und mit diesem Kabinett vor den Reichstag zu treten. Der „Vorwärts“ bezeichnete gestern abend ein Gerücht, wonach Stresemann mit der Kabinettsbildung beauftragt werden sollte, falls Dr. Cunos Bemühungen scheitern sollten.

## Poincaré über die Marktwertung.

Ein Vertrauensvotum-Erfolg.

Die große Interpellationsdebatte in der Pariser Kammer nahm nach einer großen Rede Poincarés infolgedessen einen überraschenden Ausgang, als sie nicht mit dem üblichen Vertrauensvotum endete. Die Kammer nahm vielmehr mit 402 gegen 71 Stimmen einen Antrag Poincarés an, die Weiterberatung um einen Monat zu vertagen. Im Sinne des modernen Parlamentarismus bedeutet das einen Erfolg Poincarés, der somit jedenfalls für einen Monat wieder fest im Sattel sitzt.

## Die Rede Poincarés

begann mit den üblichen Versicherungen von der Friedensliebe Frankreichs und dann folgte der ebenso übliche Appell an die Einigkeit der Alliierten, die vor allem auch bei der Lösung der Reparationsfrage geachtet werden müsse. Umgekehrt, so sagt Poincaré, ist die Zahlungsfähigkeit Deutschlands augenblicklich verringert. Aber ich glaube, daß diese Lage, die übrigens Deutschland selber verschuldet hat, schnell gebessert werden könnte. Die Stunde ist jetzt gekommen, wo die Alliierten sich über die Maßnahmen einig werden müssen, die gegenüber dem deutschen Sachverhalt zu ergreifen haben. Deutschland hat nach Beendigung des Krieges die Anzahl und Entlohnung seiner Beamten systematisch erhöht. Es hat seine Kanäle und Eisenbahnen ausgebaut und nach allen Seiten Geld ausgegeben, ohne neue Steuern auszusprechen und die alten einzusetzen. Danach darf es jetzt nicht behaupten, daß die Entwertung der Mark von der Größe der deutschen Schuld und der geleisteten Zahlungen herrühre. Die Hauptursache ist in der

## Anordnung des Budgets,

die Deutschland genötigt oder mindestens gebildet hat, zu suchen. (Beifall.) Ohne Zweifel gibt es noch ergänzende Ursachen, die diesen Fall bestimmten. Die deutsche Handelsbilanz soll, was allerdings sehr früher festzustellen ist, positiv sein. Solange die geforderte Finanzkontrolle nicht funktioniert, werden wir nicht wissen, woran wir uns zu halten haben.

Der Redner erkennt allerdings an, daß Deutschland so wenig wie andere Länder im Augenblick seine auswärtigen Schulden mit Geld bezahlen könnte. Es könnte aber diese Schulden durch Ueberlassung von Auslandsforderungen begleichen; denn Deutschland sei in der Lage, sich Auslandsforderungen zu verschaffen, wenn es seine Finanzen reformiere. Andererseits könne Deutschland durch Sachlieferungen und durch Leistung von Arbeit, sei es im gerüsteten Gebiet, sei es bei öffentlichen Arbeiten von außerordentlichem Art, zahlen.

Poincaré kritisierte dann die Vorschläge des Abgeordneten Maynard, die sich auf die Uebertragung eines Teiles der deutschen Industrie auf das Ausland beziehen. Als letztes und sicherstes Mittel bliebe für die Zahlung der deutschen Reparationsschulden

## eine deutsche Auslandsanleihe

oder mehrere solcher Anleihen übrig. Bevor eine solche Anleihe jedoch zustande komme, müsse die deutsche Währung stabilisiert werden. Frankreich ebenfalls sein seine der Waffen aufgeben, die ihm der Besieger Vertrag geliefert hat. Die bisherige englische Politik sei eine negative Politik, die auf die Dauer nicht ausreiche. Frankreich habe das Recht auf seiner Seite. In Brüssel müsse man alles tun, um Frankreich dieses Recht zu verschaffen.

## Die Konferenz von Lausanne.

England und die Balkanstaaten.

In diesem Montag nachmittag findet in Lausanne die feierliche Eröffnung der Delegationen durch die schweizerischen Bundespräsidenten Dr. Haub statt. Die Vertreter der verschiedenen an der Konferenz teilnehmenden Staaten sind gestern abend am Sonntag in eine Begegnung Poincarés, Lud Cursons und Mussolinis in der Ferret bei Lausanne vorgefahren. Ob die Bemühungen, Frankreich und England bei dieser Konferenz unter einen Hut zu bringen, von Erfolg gekrönt sein werden, bleibt abzuwarten. Die Stellung Launds dürfte jedenfalls dadurch eine Stärkung erfahren, daß ihm die Balkanstaaten bei seinen hauptsächlichsten Forderungen Gefolgschaft leisten. So erklärte der rumänische Außenminister Dica, der Rumänien in Lausanne vertritt, vor seiner Abreise, das Hauptziel Rumäniens sei eine tarifliche Freiheit der Meerengen. Die Weltraber Presse erklärt, offenbar auf Grund amtlicher Informationen, die Verbündeten müßten in Lausanne mit der Aufgabe rechnen, daß der Vertrag zwar die Griechen aber nicht die Verbündeten befreit habe. Die Verbündeten müßten dafür sorgen, daß eine Ausbreitung der türkischen Macht auf den christlichen Balkan unbedingt verhindert werde, da in dieser Hinsicht England die Führung übernommen habe, müßten sich die Balkanstaaten der Aktion Englands anschließen.

Die rumänische Regierung hat in London den Antrag gestellt, daß zwischen der Türkei und Bulgarien eine unter internationale Garantie gestellte neutrale Zone geschaffen werde, die dem Sogge des rumänischen und jugoslawischen Seeres anvertraut werden soll. Wie aus London gemeldet wird, ist der rumänische Antrag von britischer Seite angenommen worden.

## Das Endergebnis der englischen Wahlen.

Konservative Mehrheit von 100 Stimmen.

Nach dem nunmehr vorliegenden Wahlergebnis der englischen Wahlen ist hervorzuheben, daß die konservativen Mehrheit abgeschlossen haben. Die konservativen haben 358 Sitze zu werden demnach im Unterhaus eine Mehrheit von rund 100 Stimmen (358 gegen 257) über alle anderen Parteien besitzen. Die Arbeiterpartei hat es von 75 auf 138 Sitze gebracht. Sie wird nun die offizielle Oppositionspartei sein. Für die Liberalen ist der durch Lloyd George verursachte Spaltungsvorgang verhängnisvoll geworden. Die Liberalen Lloyd Georges haben nur 54 Sitze gegenüber 121 erhalten, während die Liberalen Asquiths eine kleine Verbesserung von 52 gegenüber 34 Stimmen zu verzeichnen haben. Von den weiblichen Kandidaten wurden nur drei gewählt.

## Die Hoffnungen der Arbeiterpartei.

Die Arbeiterpartei weißtänstigt jetzt sofort nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses eine Erklärung, in der sie u. a. sagt, daß der Wahlsieg der Arbeiterpartei größer sei, als der jeder anderen Partei. Die ererbten Sitze seien auf eine weite Fläche verteilt, so daß man heute nicht mehr sagen kann, die ganze Kraft der Arbeiterpartei liege in einigen Industriezentren. Die Arbeiterpartei sei das politische Zentrum der Nation. Es gebe für die Zukunft nur zwei Möglichkeiten: entweder eine konservative oder eine Arbeiterregierung. Auch den Frauen hätte die Arbeiterpartei viele Sitze zu verhandeln. Zum Schluß der Erklärung wird die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß bei den nächsten Wahlen die Arbeiterpartei die konservativen überbrücken werde.

## Königliche Angelegenheiten.

Aus dem Reichstag.

— Berlin, den 18. November.

Die heutige Sitzung des Reichstages war kurz und schmerzlos. Es nahm ein vorzeitiges Ende durch Feststellung der Beschlusfähigkeit. Zunächst wurde ein von allen Parteien eingebrachter Gesetzentwurf, wonach bei Wahlen Beiträge für die im Interesse der

Berechtigten geteilt werden und Veranlassungstafel gefordert werden können, angenommen. Ein Gesetzentwurf, der ebenfalls von allen Parteien vorgelegt wird, und der die Mittel erhöhen will, die aus den Erträgen des Brauereimonopols für wissenschaftliche und Wohlfahrtszwecke bereitgestellt sind, wird einem Ausschuss übergeben.

Darauf unterhielt man sich wieder eine Weile über die neue Geschäftsordnung, und dieser Debatte über die Geschäftsordnung schloß sich eine Geschäftsordnungsdebatte über die Frage an, ob der Reichstag am Montag und Dienstag Plenarsitzungen abhalten soll. Man legte dabei sich und dem Reichstag einige kleine Nebenabgeordneten. Der Zentrumsoberordnete W. H. L. der Vertagung bis Donnerstag vorläufig, meint, es entspräche der Würde des Hauses, daß man hauptsächlich eine Tagesordnung aufzunehmen. Der Abg. Sch. u. L. v. Pommern (Dnt.) hält es für unmöglich, daß der Reichstag wie ein Hausgebäude auf den Freier warten müsse, und der Kommunist Koenen behauptet gar, der Reichstag wolle nicht zu sachlicher Arbeit zusammenbleiben, sondern zu Schreibern. Bei der Abstimmung über einen Antrag, die Plenarsitzungen (Sitz) auf Abhaltung von Plenarsitzungen am Montag und Dienstag ergab sich Beschlusfähigkeit. Präsident Goebel beramte darauf die nächste Sitzung auf Montag 5 Uhr an.

## Deutsches Reich.

— Berlin, 20. November 1922.

Racelli wird Munius in Berlin. Die Ernennung der neuen Karbinale wird eine Veränderung in der diplomatischen Vertretung des Vatikan im Gefolge haben. Monsignore Racelli, der bisherige Munius in München an Stelle des bisherigen Munius Monsignore Racelli ernannt werden, in dessen Händen die Leitung der Berliner Nuntiatur verbleibt.

Der deutschnationale Antrag auf Einführung der Reichsliste befragt: „Unter Art. 125 a. Verfassung wird folgender Art. 125 a. eingefügt: Die Wahlberechtigten sind verpflichtet, bei den Wahlen zum Reichstag und zu den Volksvertretungen der Länder ihre Stimmrecht auszuüben.“

Das Reichsgericht teilt im Rechenbuch-Prozess die dem Gesandten einer sozialdemokratischen Interpellation im bayerischen Landtag, Justizminister Dr. Gärtner erklärte, in Antwortung der Interpellation, daß hinsichtlich der Angelegenheit gegen das Verfahren festzustellen sei, daß die Reichsgerichte für Landesverwaltungen zuständig sind. So sehr er den Sachverhalt schuldig sei, so sehr er die Verantwortung über das Urteil eines Sachverständigen über das Urteil eines Gerichts zu stellen sei. An der Gerechtigkeit des Urteils könne kein Zweifel bestehen. Die hohen Strafen verdienten sich aus den früheren Verbrechen, die der deutschen Volksgemeinschaft und der deutschen Arbeiterklasse aus der Besatzung des Mittel-Telegrams erwachsen seien.

Die Behauptung der religiösen Freiheit betrifft eine Anfrage der deutschnationalen fraktion im Reichstage, in der es heißt: Die Verwaltungspraxis in den Ländern Sachsen, Thüringen und Braunschweig wendet sich immer mehr gegen die religiöse Freiheit. Der Schluß der kirchlichen Feiertage wird immer weiter abgekauft. Die zur Forderung der Feiertage notwendigen Mittel werden gegen den Art. 135, Abs. 1 und 138, der Reichsverfassung nicht entsprechend der Geldentwertung ausbezahlt. Der konfessionelle Charakter der Schulen wird häufig mehr vermindert.

Ratowski an den Reichstag. Der Vorsitzende des Ultraintelligenz Rates der Volkskommission, Ratowski, hat aus Anlaß der Ausdehnung des Wahlbezirks auf die Ukraine ein Telegramm an den deutschen Reichstag gerichtet, worin er auf die große wirtschaftliche Bedeutung des Vertragsabchlusses hinweist.

Neufestsetzung der Zuständigkeitsgrenzen der Gerichte. Die fortschreitende Geldentwertung hat eine weitere Erhöhung der Zuständigkeitsgrenzen des Obersten und Kaufmannsgerichte erforderlich gemacht. Sie wird in einem Gesetzentwurf vorgeschlagen, der dem Reichstag vorgelegt ist. Die Obergerichte sollen für Arbeiter, wie bisher, ohne Höchstgrenze, für Betriebsbeamte, Werkmeister und Techniker bis zu einem Jahresarbeitseinkommen von 500 000 M. (bisher 100 000 M.) zuständig werden; ebenso die Kaufmannsgerichte bis zum Kaufmannsgerichte. Die Berufungsgrenze ist von jetzt 5000 bis zum Kaufmannsgerichte 6000 auf 20 000 M. heraufgesetzt. Auch die Zuständigkeit der obersten Gerichte wird verändert werden müssen. Die Kaufmannsgerichte haben bereits einen Antrag auf Erhöhung der amtsgerichtlichen Zuständigkeit in der

unvergleichlichen Ertragswerten von bisher 10 000 auf 110 000 M. eingebracht. Zusätzlich nimmt der Beschäftigungsgrad der Untertanen der Leuzener eintausendfacht zu.

### Keine politische Nachrichten.

**Welsch.** Senatpräsident Dr. Hogen ist vom Amte des Vorsitzenden im Staatsgerichtshof zum Schupen der Reichswehr zurückgetreten.

**Wägen.** Eine Summe des „Heimatlandes“, Wägenplatz des bayerischen Ordnungsdienstes und der vaterländischen Verbände in Wägen, wurde beschlagnahmt.

## Auslands-Rundschau.

### Der österreichische Finanzminister.

Nachdem die englisch von Vauxour unternommenen Versuche, den amerikanischen Beobachtern in der Reparationskommission, London, zum Kontrollkommissar des Reichsbundes für Deutsch-Österreich bestimmen zu lassen, von der Regierung in Washington abgelehnt worden sind, ist jetzt, wie berichtet wird, die Ernennung des Bürgermeisters von Rotterdam, Dr. Zimmermann, zum Generalkommissar für die nächste Zeit zu erwarten.

### Mussolinis Parlamentsmehrheit.

Die italienische Kammer hat mit 306 gegen 116 Stimmen bei 7 Enthaltungen die Regierungserklärung Mussolinis zur Genehmigung. Gegen die Regierung stimmten die Reformisten, die Nationalisten, die Kommunisten, die Republikaner und die französischen Abgeordneten. Die italienischen und die deutschen Abgeordneten enthielten sich der Stimme; ebenso hatten sich mehrere katholische Abgeordnete vor der Abstimmung aus dem Saale entfernt.

### Platz des Sultans nach Malta.

Der Sultan, der schon mehrmals aus seinem Palast geflohen sein sollte, hat nach einer Heilmittelkur nunmehr wieder vollständig genesen. Er hat auf dem englischen Kriegsschiff „Albatros“ Segel gefasst, das sofort nach Malta in See ging. Der Sultan berichtet, daß er nicht abgehängt habe, sondern lediglich der Gefahr aus dem Wege gehen wollte, von der türkischen Regierung verurteilt zu werden. Die Weitermeldung stellt in Abrede, daß die Flucht unter englischen Druck erfolgt sei. Der Sultan habe angedeutet, daß während des Seelaufes ein Anschlag auf sein Leben erfolgen werde. Auch die Drohung der Remission für ihn, von den Staatsgerichtshof zu stellen, mag ihn zu der Flucht veranlaßt haben. Ueber die Zukunft des Sultans ist nichts weiter bekannt, aber man nimmt an, daß er nach Indien gehen wird, um dort unter den ergebenden Anhängern des Islams ein Kalifat zu errichten. Er dürfte jedenfalls darauf die Zustimmung der englischen Regierung rechnen, da damit die Quelle aller Agitation unter den Untertanen des Islams gestoppt werden würde.

**Rom.** Der Kammerpräsident de Nicola trat infolge eines Vorwurfs nicht dem fassizistischen Abgeordneten und Benfonsunterstaatssekretär de Vecchi in der Kammer zurück.

**Stockholm.** Der finnische Reichstag wählte den Sozialdemokraten Jusoff mit 115 Stimmen zum Reichspräsidenten.

**Washington.** Senatsrat wurde bei seiner Ankunft in New York ebenfalls freudig begrüßt.

**Millionenbeschlag auf einem Berliner Bahnhof.**  
Berlin, 19. November. In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag sind, wie erst jetzt bekannt wird, aus dem Stationsstraßen-Behälter zwei Millionen Mark Volgedrucker entwendet, durch Einbruch geräumt worden.

**Der Reichslandwehrdienst im Staatsgerichtshof.**  
Berlin, 19. November. Als Nachfolger für den zurückgetretenen Präsidenten des Staatsgerichtshofes Dr. Hogen, dessen Gehalt noch der Genehmigung des Reichspräsidenten bedarf, ist Senatpräsident Dr. Schmidt, der die Kriegescheitlungsfrage geleitet hat, in Aussicht genommen.

**Weltere Vereinsverbote.**  
Berlin, 19. November. Der preussische Innenminister General von Helldorf hat die Nationalsozialistische Arbeiterpartei in Preußen verboten und damit die Nationale Arbeiterbewegung in Berlin-Baunsee, sowie sämtliche Landesverbände, Bezirks- und Ortsgruppen, auch insoweit sich diese als selbständige Organisations betrachten, aufgelöst.

**Notwendige Entscheidung über das Remelgebiet.**  
Berlin, 19. November. Nach in Berlin vorliegenden Nachrichten ist damit zu rechnen, daß die Entscheidung der Reichsregierung über das weitere Schicksal des Remelgebietes nach in diesem Monat und zwar voraussichtlich am 20. erfolgen wird.

**Der Großhandelsindex für die vergangene Woche.**  
Berlin, 19. November. Für die Woche vom 11. bis 17. November erreichten die der Berechnung des Index zu Grunde gelegten 44 Großhandelswaren das 1376fache des Friedenspreisstandes (Ende 1913 gleich 1), sodaß also die Inflationskraft der Mark am Abend des Großhandelsindexpreises gemessen nur noch ein Zehntel der ursprünglichen Kaufkraft ihres Wertes darstellt.

**Beschränkte Zauer der Eisenbahnfahrkarten.**  
Berlin, 19. November. Die Gültigkeit der Eisenbahnfahrkarten ist wegen der Zarfieberdauern dahin beschränkt, daß die Reise vom 28. bis 30. November am ersten Tage der Weltungsdauer angetreten werden muß. Mit Fahrkarten der Nr. 28. und 29. kann sie bis zum 30. angetreten werden. Für Dezember werden im November keine Karten ausgegeben.

**Soszialismus auch in Lettland.**  
Riga, 19. November. „Sozialdemokraten“ bringt in einem Zeitartikel die aufsehenerregende Nachricht über eine angebliche Verführung. Es seien bestimmte Nachrichten darüber vorhanden, daß in der Wohnung eines Führers der „Verführer“ gewisse Zusammenkünfte stattfinden, in denen Gruppen von ehemaligen und aktiven Offizieren sowie Studenten aus früheren Studentenorganisationen usw. nach dem Muster der italienischen Sozialisten organisiert werden, um aktiv aufzutreten, falls das Parlament als fünftägige Regierung die sogenannte linke Koalition bilden würde.

**Witterung in Paris.**  
Paris, 19. November. Der Präsident der Holländischen Staatsbank, Wittering, ist in Paris eingetroffen. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß sein Kommen mit dem Wiederbeginn der internationalen Konferenz im Zusammenhang steht.

## Landesnachrichten.

### Berliner Berichte vom 18. November.

Die Devisenkurse zogen heute sämtlich wieder an; der Dollar ging auf 7000 in die Höhe. Ein Grund für diese neue Aufwärtsbewegung der Devisenkurse wird in den Schwierigkeiten, die sich bei der Rekrutierung ergeben, gesehen. Das Geschäft ist angelehnt der ungelassenen politischen Situation nur gering. Auf dem Produktmarkt veranlassen die festeren Devisen das Ansteigen der Erzeugung seiner Forderungen. Angebot blieb in den meisten Verleihen genügend im Markt, fand aber für nahe Jahre infolge der Geldverhältnisse schwer Aufnahme, so daß sich das Geschäft in verhältnismäßig engen Grenzen bewegte. Für Weizen sind die Mägen zurückhaltend, weil das Weizengetreide außerordentlich schleppend geht und im allgemeinen die zweite Hand den Absatz beherrscht. Roggenmehl findet sich ganz, dagegen wird Roggen verhältnismäßig für die Provinz begehrt, wobei hauptsächlich Umlegegetreide mitfließen. Weizen war geschäftlich lustlos; für Hafer zeigte sich etwas mehr Begehrt und namentlich Schleißer wurde zu Ablieferungen an Provinzialämter gelehnt.

### Die Effektenbörse war geschlossen.

### Stand der Mark.

Es kostete nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am	18. 11.	17. 11.	1914
1 holländischer Gulden	2743	2593	1,67 M.
1 belgischer Franc	458	426	0,80
1 dänische Krone	1411	1326	1,12
1 schwedische Krone	1875	1765	1,12
1 italienische Lira	298	211	0,50
1 englische Pfund	3171	2926	2,30
1 Dollar	6982	6608	4,20
1 französischer Franc	498	451	0,80
1 schweizerischer Franc	1293	1226	0,80
1 holländische Krone	223	209	0,50

### Waremark.

Witaagewichte (Kant.) Preise für 50 Kilo ab Station:  
Weizen 12 300—12 800, Roggen 10 700—10 900, Sommergerste 12 000—12 800, Wintergerste 10 500—10 600, Hafer 12 400—12 700, Mais loco Berlin 12 600—12 800, Weizenmehl (100 Kilo) 37 000—40 000, Roggenmehl (100 Kilo) 30 500—33 500, Weizen- und Roggenmehl 6200—6500, Hafer 18 000—19 000, Vollergerste 22 000—23 000, kleine Speiseerbsen 20 000—21 000, Reis (Indien) 14 500—15 500, Pfeffer (Indien) 14 000—15 000, Pfeffer (Siam) 18 000—19 000, Sumpfröhrlin 14 000—15 000, gelbe 5 500—16 500, Serendibella 25 000—30 000, Arabische 7000—7300, Erdnüssen 5700—5900, Walnüsse 7000—7300, Erdnüssen 3000—3500, Walnüsse 7000—7300, Erdnüssen 3000—3500.

### Heu und Stroh.

Trachtpreise für Heu, Weizen- und Haferstroh 5000 bis 5100, Hinfaherger Heu 4500 und Weizenstroh 4000 bis 4700, Roggenstroh 4700—4800, lates und gebündeltes Stroh 4500—4800, lates Heu 5100—5500, lates Stroh 2500—2900, gutes Heu 3100—3300 Mark.

### Schlachtviehmarkt.

(Mittags.) Rindfleisch 3128 Bunden, darunter 708 Bunden 751 Cölnen, 1670 Stück und 1 Zentner, 1110 Küder, 5576 Schafe, 4481 Schweine, 45 Schweine aus dem Vorkriegsgebiet und 59 Jünger. Preise für 1 Zentner Lebendgewicht: Schen 14 000—27 000, Bullen 15 000—22 000, Kühe und Kälber 11 000—26 000, Lämmer 10 000—23 000, Schafe 10 000—24 000 und Schweine 26 000—30 000.

## Provinz und Nachbarstaaten.

### Leubarn, den 20. November 1922.

Das Ende des Kirchenjahres. Nach halbjähriger Pause haben wir in dieser Woche wieder einen Feiertag in der Arbeitstage, den Buß- und Betttag, der in allen nord- und mitteldeutschen Staaten begangen wird. Es ist ein stiller Tag, für den die Verantwortlichen der Kirchen und Gemeinden vorgeschrieben ist. Die Anhänglichkeit der Bevölkerung an den Feiertag hat sich auch nach der Erklärung der Republik erhalten, die Gotteshäuser sind stets überfüllt gewesen. Das deutsche Gemüt hat sich bei dieser Gelegenheit stets in feiner reiner Gläubigkeit bewährt. Wenige Tage nach dem Aufzuge begehrt die protestantische Kirche den Erntedankfest, der in der Provinz am Sonntag, den 26. Betttag ein stiller Feiertag, für den ebenfalls Beschränkungen in den Tanzveranstaltungen in Betracht gelangen. Damit schließt dann das Kirchenjahr, die Adventszeit, die fröhliche, seltsame Weihnachtszeit ist da. Der Verkauf von Kränzen und anderen Erinnerungen für die Gedächtnisse auf dem Festtage ist bereits im Gange. Die Preise sind den letzten Jahren gegenüber, aber wer wird es sich nehmen lassen, die letzte Ruhepause seiner Lieben nach Möglichkeit zu jähmeln?

Wohlfahrtsmärkte für die Altershilfe. Die Reichspostverwaltung wird in der ersten Hälfte des Dezember zwei Wohlfahrtsmärkte zugunsten der Alters- und Kinderhilfe der 21. Lebensgemeinschaft herausgeben, die nur bis zum 15. Januar verkauft werden sollen. Der Frankfurterwert der beiden Märkte wird 12 Mark (einfacher Fernbrief) und 6 Mark (Fernpostkarte) betragen. Die Märkte für 12 Mark soll für 20 Mark, die zu 6 Mark für 10 Mark verkauft werden, der Wert für 8 und 6 Mark soll für den genannten Wohlfahrtszweck den besten Wert haben jeder Sorte wird nur eine Auflage von 5 Millionen Stück hergestellt. Die Märkte erhalten ein besonderes das auf anderen Freimärkten nicht ergehen

Von der Regierung in Verbindung wird folgendes mitgeteilt: Gegenüber dem von manchen Seiten ausgeprochenen Wunsch, den kommenden Aufzug als Arbeitstag zu behandeln, ist darauf hinzuweisen, daß der Aufzug gesetzlicher Feiertag ist, an dem die Arbeit in gewerblichen Betrieben verboten ist.

Ausnahmen von diesen Verbot können vom Demobilisationskommissar bewilligt werden, sofern die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Arbeit im öffentlichen Interesse, d. h. wenn es um die Erhaltung der öffentlichen Sicherheit, zur Aufrechterhaltung der Arbeitstätigkeit oder zur Sicherung der Volksernährung dringend nötig sind.

Neue Löhne im mitteldeutschen Braunkohlensbergbau. Zwischen dem am Aufrechterhalten der mitteldeutschen Braunkohlensbergbau beteiligten Parteien wurde am 16. November 1922 eine Vereinbarung über etw. ab 16. November kraft tretende Lohnänderung getroffen. Nach dieser werden die Leistungslöhne in den Retireierten

um durchschnittlich 520.— je Schicht erhöht. In den Mandretieren beträgt die Erhöhung 468.— M. je Schicht. Diese Zulage soll auf die bestehenden Klassen der Lohnstufe, wie sie nach dem Schichtspruch vom 27. Oktober 1922 aufgestellt worden ist, proportional verteilt werden. Für die jugendlichen und weiblichen Arbeiter wurde eine Abstraffung der Zulagen vereinbart. Die hierbei gemachten Ersparnisse sollen zu einer Erhöhung der Zulage für die erwachsenen männlichen Arbeiter verwandt werden. In den Kern- und Mandretieren wird gleichfalls mit Wirkung vom 16. November das Kinnergeld auf 80.— M. und das Hausstandsgeld auf 60.— erhöht.

Waldschut. Das Es in Thüringen Obst im Ueberflusse gibt, beweisen folgende Tatsachen: Im Hegengrund und in der Nähe des Schaumburger Baches die Obstbäume noch voll von Früchten. Man braucht nicht einmal zu weit zu gehen, in allerhöchster Nähe begegnet man den blattreibräuben Obstbäumen voll von erroteten Äpfeln und verkauften Zwetschen. So auf Grundstücken der Feisberg-Wägle. Es ist ein Kammer, wieviel lohnbares Obst so ungenutzt umkommt! Es wäre gewiß bei einiger Aufmerksamkeit zu retten gelassen.

Halle. Die Eintrittspreise für das Stadttheater in Halle wurden abwärts herabgesetzt, und zwar betragen jetzt die niedrigsten Preise 160 M., die höchsten 500 M.

Magdeburg. Die Stadtoberbauräten von Magdeburg beschließen die Aufnahme einer 300-Millionen Anleihe in Amerika. Die Anleihe wird in Mark bezahlt und ist in Mark zurückzahlbar. Sie wird zu 5 Prozent verzinst und paribezahlt. Die Tilgung beginnt erst nach 10 Jahren mit jährlich 2 Prozent.

Wald. Zwei unter Androhung von Gewalt betretende Jäger gehen in Oberes Schredelitz ab und zogen nach Symbach weiter, wo sie erneut Unruhe trieben und die Einwohner bedrohten. Als beherrschende Landbesitzer die Jäger unterworfen, kam es in einem Gegendene, bei dem beide Jäger von den Landbesitzern erschossen wurden. Wie verlautet, haben die Jäger vorher geäußert, die über die Schredelitz Gegend gefällten Tobakurteile rächen zu wollen.

Gräber. Die von dem Vereinigten Thüringer Metallwarenfabrikanten-V. G. wurde das Werk 1, welches hauptsächlich für die Herstellung von Eisen, Stahl, Schmiedestück, 200 Arbeiter sind beschäftigungslos.

### Explosion in einer Schachtanlage.

Drei Tote, vier Verletzte.

Dortmund, 18. Nov. Das preussische Oberbergamt in Dortmund teilt mit: Am 17. ds. Mts. vormittags gegen 9 Uhr ist auf der Schachtanlage „Schlegelien V/VI“ bei Westlinghausen ein Dampfessel explodiert, wobei drei Arbeiter getötet und vier mehr oder weniger schwer verletzt worden sind. Die Ursache der Explosion steht noch nicht fest. Nach den Angaben des Kesselführers, der den Befehl bedient hat, hat dieser einen gehängenen Wasserlauf gebildet. Die bergpolizeiliche Untersuchung ist im Gange.

### Geheimnisvolle Verabredung einer Dame.

Am Freitag morgen wurde in einem Hotel in der Nähe des Anhalter Bahnhofs in Berlin eine Dame in demjenigen Zustand aufgefunden, der, wie sich herausstellte, Schmachdanken im Werte von über 1 Million gestohlen worden waren. Die Dame, die in Berlin-Schöneberg wohnt, war vor einigen Wochen mit zwei Herren, die sich als Amerikaner ausgaben, wegen Verkauf ihrer Juwelen in Verbindung getreten. Am Donnerstag wurde das Geschäft zwischen ihr und den beiden Herren in dem Hotel perfekt. Es erhielt 50 000 Mark Anzahlung und sollte sich den Restbetrag am Abend im Hotel bei den beiden Herren abholen. Als sie zur festgesetzten Stunde erschien, wurde ihr vom Portier die Mitteilung gemacht, daß einzelne Damen um diese Zeit nicht mehr abgeholt werden können, sondern in dem Hotel abgeholt werden könnten. Sie mietete daraufhin ein Zimmer und schlief in demselben. Am nächsten Morgen wurde sie von dem Portier abgeholt und in Verbindung mit dem Geschäft in dem Hotel abgeholt. Was weiter geschah, weiß die Dame nicht mehr. Es steht fest, daß sie, nachdem einige Abstreifen gestunken worden waren, kauflos wurde. Die beiden „Amerikaner“ sind noch in der Nacht abgereist.

## Vermishtes.

Für die Notleidenden. Das bayerische Hilfsamt hat in der letzten oberbayerischen Landblatt Beilage 1 100 000 Mark in der Summe 4 Millionen Mark in Naturalien gebracht. Der Schenke Albert Hornquist hat der Stadt München 200 000 Mark für Zornschiffe und für Notleidende des Mittelstandes überlassen.

Auch die Fandeleier freiten. Die Berliner Fandeleier haben beschloffen, von diesem Montag ab stellen die Fandeleier bis auf weiteres einzustellen. Die Fandeleier werden nur zur Abfertigung der laufenden Geschäfte offen zu halten. Vor etwa zwei Monaten haben sich die Fandeleier an den Minister gewandt und ihn um die Herausgabe des Fandeleier auf 5 Pfennig pro Mark und Monat gebeten, da sie mit dem bisherigen Satz von 3 Pfennigen nicht mehr auskommen. Den Fandeleier von Berlin haben sich die Besitzer der Preussischen Fandeleier bereits angegeschlossen. Die Zustimmung der übrigen im Reich ansässigen Fandeleier, die im allgemeinen Verband vereinigt sind, wird bestimmt erwartet.

Der erste Segelflug in der Ebene. Der Flugzeugführer K. Höcker flog am Freitag mit dem von H. Rejmann-Finnberg (Kollstein) gebauten Segelflugzeug „Senator“ über ebenem Gelände bei Windhöhe 3 (im Wind ihre Betriebe nur zur Abfertigung der laufenden Geschäfte offen zu halten. Vor etwa zwei Monaten haben sich die Fandeleier an den Minister gewandt und ihn um die Herausgabe des Fandeleier auf 5 Pfennig pro Mark und Monat gebeten, da sie mit dem bisherigen Satz von 3 Pfennigen nicht mehr auskommen. Den Fandeleier von Berlin haben sich die Besitzer der Preussischen Fandeleier bereits angegeschlossen. Die Zustimmung der übrigen im Reich ansässigen Fandeleier, die im allgemeinen Verband vereinigt sind, wird bestimmt erwartet.

Der Einbrecher in der Ritterburg. Ein Berliner Antiquitätenhändler wurde nächtlich durch ein Geräusch auf der Treppe seines Hauses geweckt und sprang aus dem Bett, um nach dem Rauschen zu sehen. Zu seinem größten Erstaunen bemerkte er in seinem Laden einen Mann, der eine Witterung aus dem 15. Jahrhundert trug. Kurz entschlossen griff der Antiquitätenhändler nach einer der alten Waffen, mit



**Achtung.**  
**Freitag** von 2 Uhr an  
**frische**  
**Brot**  
 Ernst Wunderlich  
 Zeinade etl.

Der Ausstoss von  
**Oettler-Export (dunkel)**  
 beginnt Montag 20. November.  
 Stadtbrauerei **F. Oettler, Zeitz.**

**Achtung!**  
**Guthof Anstalt**  
 Junge Dobermänner, 8 Wochen  
 alte Hunde, kopiert, hat zu ver-  
 kaufen.  
 Gustav Schmidt.

**Betriebs-Ordnung für die Tätigkeit der  
 Bezirks-Schornsteinfegermeister im Landkreis  
 Zeitz.**

Auf Grund des § 77 der Reichsgewerbeordnung wird für die Tätigkeit der Bezirks-Schornsteinfegermeister im Landkreis Zeitz folgende Betriebs-Ordnung erlassen:  
 § 1. Es sind zu zahlen: insbesonders das Fortschaffens von Auf bis auf den Hofbau, falls hierzu Befehle erteilt werden, für die einmalige Reinigung eines unbefestigten (rußigen) Schornsteines für das erste Geschloß 15 M. und für jedes weitere Geschloß 5 M. mehr. Für die einmalige Reinigung eines befestigten (tauffest) Schornsteines, sowie gewöhnlicher gemauelter Schornsteine und solcher, welche Zentralheizungen dienen, sind für das erste Geschloß 25 M. und für jedes weitere Geschloß 10 M. mehr zu entrichten.  
 § 2. Kamine oder Nebenschläuche, sind dem Schornstein gleich zu rechnen. Für die einmalige Reinigung derselben sind, sofern sie unbefestigt sind, für die ersten 4 Meter 15 M. und für jede weitere oder angefangene 4 Meter 5 M. mehr zu zahlen. Sind diese Kamine oder Nebenschläuche befestigt, so sind für die ersten 4 Meter 25 M. und für jede weitere oder angefangene 4 Meter 10 M. zu zahlen.  
 § 3. Aus Gängen der Feuerfesterheit hat eine sorgfältige Reinigung der Schornsteine im Jahre zu erfolgen. Schornsteine in Dienstgebäuden, z. B. der Eisenbahnverwaltung, in denen stark, vielfach oft Tag und Nacht geheizt wird, unterliegen öfterer Reinigung und sind je nach Bedarf alle 14 Tage zu reinigen.  
 Schornsteine, deren Nichtbenutzung seit der letzten Reinigung zweifellos feststeht, unterliegen der Reinigung nicht.  
 § 4. Für das Ausbreiten eines unfeigbaren Schornsteins aus der Entfernung des Glases oder Hartglases sind 75 Mark zu zahlen. Dauert das Ausbreiten eines Schornsteins länger als eine Stunde, so erhöht sich die Gebühr um 50 Mark für jede weitere oder angefangene Stunde.  
 Das zum Ausbreiten erforderliche Material hat der bestellte Hausbesitzer unentgeltlich zu liefern. Das Ausbreiten der Schornsteine darf nur nach Bedarf erfolgen.  
 § 5. Für die Reinigung einer Rauchkammer sind für jede hiermit befristete Person 75 Mark zu entrichten.  
 § 6. Für Arbeiten, die außerhalb der ortsüblichen Arbeitszeit (von 7 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm.) sowie für Arbeiten, die auf besondere Bestellung ausgeführt werden, sind die doppelten Gebührentsätze zu entrichten.  
 § 7. Falls von der Reinigung der Schornsteine auf Befehl des Hausbesitzers oder der Hausbewohner Abstand genommen werden muß, ohne daß eigentlich ein zwin- gender Grund dazu vorliegt, so ist, wenn die Reinigung am Tage vorher angemeldet oder in ortsüblicher Weise bekannt gemacht worden ist, und sie infolge der Abhandlung an einem anderen Tage ausgeführt werden muß, der Schornstein- feger berechtigt, eine besondere Gebühr von 50 Mark in An- rechnung zu bringen.  
 § 8. Für Nachprüfung der Schornsteine bei der Ab- nahme von Neubauten sind für jedes Schornsteinrohr die Rohrlochkörper in doppelter Höhe, mindestens 75 M. vom Hausbesitzer oder, wenn dieser nicht zahlungsfähig ist, von dem- jenigen zu zahlen, der den Auftrag erteilt hat.  
 § 9. Für die Berechnung der Gebühren ist die Höhe jedes einzelnen Schornsteins von seiner Sohle bis zum Kopf- nach Maßgabe der durchlaufenden Geschosse in Betracht zu ziehen.  
 § 10. Das Dachgeschloß wird als besonderes Geschloß gezählt, wenn die Höhe desselben 3 Meter bis zur Schorn- steinmündung beträgt. Jede weiteren oder angefangenen 3 Meter zählen als weiteres Geschloß im Sinne der §§ 1 und 2 der Betriebsordnung. Der Keller wird als besonderes Geschloß mit berechnet für diejenigen Schornsteine, die bis dahin durch- geföhrt sind und dort gereinigt und entleert werden müssen.  
 § 11. Die Rohrgebühren sind in allen Fällen von Haus- eigentümern zu zahlen.  
 § 12. Diese Betriebsordnung tritt rückwirkend vom 1. Oktober 1922 ab in Kraft. Mit dem 30. Sept. 1922 ist die bisherige Betriebsordnung vom 5. Dez. 1921, 22. Juni, 2. September 1922 außer Kraft getreten.  
 Zeitz, den 14. November 1922.  
 Der Landrat.

**Landwirtschaftlicher Verein  
 für Zeuchern und Umgegend.**  
 Sonnabend, den 25. November  
 nachm. 5 Uhr

**Versammlung.**

Vortrag: Dr. Orpha, Merseburg.  
 Bäckische Maschinen ist nötig. Der Vorstand.  
**Urin-Untersuchungen.**  
 Kommen Sie zu mir zur Untersuchung und bringe mit Sie eine Flasche Urin.  
**Morgen-Urin**  
 mit und ich sage Ihnen, was Ihnen fehlt und wie Sie durch **Homöopathie und Naturheilkunde** wieder gesund werden können.  
**Sprechstunden in Zeitz, Poststr. 14:** Sonnabend, Sonntag und Montag vormittags von 8-12, nachm. von 3-7 Uhr. Sonntags nur vormittags.  
 Fernsprecher-Nr. 507.  
**Paul Bohm, Heilkundiger.**

Die für die Hagelgeschädigten eingetroffene Klee wird im Laufe des Dienstags auf meinem Speicher (Bahnhof Zeuchern) verausgabt

**G. Hauber, Ing. M. Beier.**

**Weiße mit  
 Henke  
 die  
 Wäsche  
 zint**

Henke, Henkel's  
 Wasch- und Bleich-Soda;  
 allbewährt für Wäsche  
 und Hausputz.

**Alleinige Hersteller:  
 HENKEL & CIE.,  
 DÖSSELDORF.**

**Siröbliche Nachrichten**  
 am Freitag (22. 11. 22)  
 Koulde für die Reimeder  
 einhalten.  
 Tische: Von 1 Uhr.  
 Predigt, danach Beichte u.  
 bl. Abendmahl. Der Pf.  
 Blumman.  
 Von 5 Uhr. Predigt,  
 danach Beichte u. hl. Abend-  
 mahl. Pf. Blumman.  
 Von 7 Uhr. Predigt, danach  
 Beichte u. hl. Abendmahl.  
 Der Pf. Blumman.  
 Um 9 Uhr.  
 Beichte u. hl. Abendmahl.  
 Von 10 Uhr. Predigt. Der  
 Pf. Blumman.  
 Von 11 Uhr. Predigt. Der  
 Pf. Blumman.

**Drucksachen**  
 jedes Art  
 fertig geschmuckt und billig  
 an  
 Buchdruckerei  
**Otto Liefrenz, Zeuchern.**

**Saatkartoffeln!**  
**Parnassia,  
 Deodara,  
 Up to date,  
 Rheinland,  
 Weddigen**  
 aus Sandboden, sind eingetroffen bei  
**Paul Friedrich, Zeuchern n. Krauschwitz i. G.**  
 Fernsprecher Nr. 13, 317, 274.

**Spielvereinigung  
 Zeuchern.**  
 Mittwoch, den 22. 11. 22  
 2 Uhr  
**Versammlung**  
 Das Erscheinen sämtlicher  
 Mitglieder erforderlich  
**Der Vorstand.**  
 1 Gebrauchter  
**Ofen**  
 zu kaufen gesucht  
 Herz, Markt 7.

**Gebrauchter  
 Puppenwagen**  
 wird gekauft  
 Offerten unter D. P. an  
 die Geschäftsst. erb.  
**Mist gegen Stroß**  
 Jauche kann  
 Unterm Berge 20a abgehoben  
 werden.  
 1 Paar neue  
**Halbstiefel**  
 Nr. 46, zu verkaufen.  
 Rumbal Nr. 8.

**Die Selbsthilfe beim Bauen**  
 verbilligt wesentlich die hohen Baukosten, namentlich wenn die Bausteine, wie z. B. die AMBI-Steine der seit langem bewährten AMBI-Maffiobauweise (D. R. P. und Brevetpatent) im einfachsten Stampfverfahren unmittelbar an der Baustelle aus überall vorhandenen Rohstoffen (Ries-Sand, Koks-Schlacke usw.) hergestellt werden. Es sind keine komplizierten und teuren Bau- maschinen notwendig, sondern lediglich die einfachen AMBI-Formen, welche auch leicht- weise abgehoben werden. Große Erspar- nisse an Transportkosten, Lohn und Zeit. „AMBI-Maffio“ ist die beste Einfeldungs- bauweise und erhielt im Wettbewerb des Deutschen Zement-Bundes (Herbst 1921) unter 54 Bewerbern den ersten Preis. Fordern Sie Druckschriften M der Firma AMBI-Werke Akt. II Nr. 40 Berlin SW 68, Köpfler 18.

**Zum Totensonntag**  
 bringe meine Auswahl in  
**Kränzen u. anderen Grab-  
 schmuck**  
 in empfehlende Erinnerung.  
**Gärtnerei Worch.**

**Zum Totensonntag**  
 empfehle sämtliche  
**Bindereien**  
 in preiswerten Ausführungen.  
**G. Lantzech.**

**Dank.**  
 Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben Mutter und Grossmutter danken wir für die Geldspende u. denen die Sarg so reich mit Blumen schmückten. Dank Herrn Ober- pfarrer Plagemann für die tröstenden Worte am Grabe. Auch Dank Herrn Lehrer Meier und der Schuljugend sowie den Trägern.  
 Dir aber, liebe Mutter, rufen wir ein „Ruhe sanft“ in die Ewigkeit nach.  
 Oberwerschen, den 19. 11. 22.  
 Im Namen der trauernden Hinterbliebenen  
**Witwer Albert Bürkner**  
 nebst Kindern und allen Verwandten.  
 Tretet still zu meinem Grabe, stört mich nicht in meiner Ruh, denkt, was ich gelitten habe, gönnt mir nun die ewige Ruh.

**Todesanzeige.**  
 Sonntag Nachmittag gegen 3 Uhr ent- schlief nach langen, mit Geduld ertragenen Leiden unsere liebe, treusorgende Mutter, Schwester, Gross- u. Schwiegermutter, Schwägerin, Tante und Schwiegertochter  
**Frau verw. Anna Göhring**  
 geb. Schwager  
 im vollendeten 64. Lebensjahre.  
 Krauschwitz, den 20. Nov. 1922.  
 In tiefstem Schmerze im Namen der trauernden Hinterbliebenen  
**Richard Göhring.**  
 Die Beerdigung findet Mittwoch nach- mittag 2 1/2 Uhr vom Trauerhause aus statt.

**Bekanntmachung.**  
 Wegen einer dringenden Besprechung über den Tag und die Zeit der Taggenossen zu einer Sitzung am  
**Mittwoch, den 22. d. Mts.  
 nachm. 6 Uhr**  
 im Gesellschaftszimmer des Restellers ergebenst einzuladen.  
 Zeuchern, den 20. November 1922.  
**Der Jagdwarthener.**  
 Schillgen, Bürgermeister.

**Bereinigung selbständiger Handwerker  
 in Zeuchern und Umgegend C. B.**  
 Montag, den 20. November abends 8 Uhr im  
 „Hotel zum Löwen“  
**Vortrag**  
 über die Zwangsarbeit, Vermögenssteuer und zeitgemäße Steuerfragen.  
 Redner: Amtssekretär M. H. H. er, Halle.  
 Gäste können eingeführt werden. **Der Vorstand.**

Schriftleitung, Druck und Verlag von Otto Bieker, Zeuchern.

# Wöchentliches Anzeiger

## für Teuchern und Umgegend



Anzeigenpreis: Die sechsgehaltene Korpuszeile 8.— M., Restanzzeile 14.— M.

Ausgabenanmeldung in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zehnerstraße 10, bis spätestens Donnerstag 9 Uhr. Größere und kompliziertere Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Monatlicher Bezugspreis: 6,00 M., halbjährlich 33,00 M., jährlich 65,00 M.

Einzelnummer 600 Hg.

Bestellort: Teuchern, Zehnerstraße 10, auch bei anderen Orten und über Buchhandlungen zugänglicher.

Anliegendes Verhandlungsprotokoll für die Stadt Teuchern.

№ 137

Dienstag, den 21. November 1922.

61. Jahre

### Der zweite Auftrag Cuno.

— Berlin, den 19. November.

Die Mission Cuno das gestern bereits von dem Scheitern. Von dem Erfolge seiner Bemühungen, ein Kabinett zustande zu bringen, verzweifelt, richtete Dr. Cuno an den Reichspräsidenten einen Brief, in dem er erklärte, seine Aufgabe müßte an dem Verhelfen der Parteien scheitern. Das seien alle Parteien, die in Betracht kommen. Darüber einig, daß sie das Programm der Reparationskassen vom 30. November als das ihrige anerkennt. Aber jede der Parteien habe sich darauf verpflichtet, bestimmte Personen in dem zukünftigen Kabinett zu sehen, und die anderen Parteien haben immer gerade jeweils diese Personen als für sie unannehmbar erklärt. Nach einer nochmaligen Aussprache mit Dr. Cuno hat darauf der Reichspräsident Dr. Cuno schriftlich beauftragt, nunmehr den Versuch zu machen, ein Kabinett zustande zu bringen, das über den Parteien steht, und mit diesem Kabinett vor den Reichstag zu treten. Der „Bourgeois“ bezeichnete gestern Abend ein Gerücht, wonach Stresemann mit der Kabinettsbildung beauftragt werden sollte, falls Dr. Cuno Bemühungen scheitern sollten.

### Poincaré über die Marktwertung.

Ein Vertrauensvotum-Vertrag.

Die große Interpellationsdebatte in der Räter Kammer nahm nach einer großen Rede Poincarés infolgedessen einen überraschenden Ausgang, als sie nicht mit dem üblichen Vertrauensvotum endete. Die Kammer nahm vielmehr mit 462 gegen 71 Stimmen einen Antrag Poincarés an, die Weiterberatung um einen Monat zu vertagen. Im Sinne des modernen Parlamentarismus bedeutet das einen Erfolg Poincarés, der somit jedenfalls für einen Monat wieder fest im Sattel sitzt.

### Die Rede Poincarés

begann mit den üblichen Verhöhnungen von der Friedensliebe Frankreichs und dann folgte der übliche Vorwurf an die Eingetrigkeit der Minister, die vor allem auch bei der Lösung der Reparationsfrage gehandelt werden müßte. Zweifellos, so sagt Poincaré, ist die Zahlungsfähigkeit Deutschlands augenfällig verringert. Aber ich glaube, daß diese Lage, die übrigens Deutschland selber verschuldet hat, schnell gelöst werden könnte. Die Stunde ist jetzt gekommen, wo die Ministerien sich über die Maßnahmen einigen können, die sie gegenüber dem deutschen Zahlungsverhältnis zu ergreifen haben. Deutschland hat nach Beendigung des Krieges die Anzahl und Entlohnung seiner Beamten systematisch erhöht. Es hat seine Kanäle und Eisenbahnen ausgebaut und nach allen Seiten Geld ausgegeben, ohne neue Steuern aufzufordern und die alten einzuziehen. Danach darf es jetzt nicht behaupten, daß die Entwertung der Mark von der Größe der deutschen Schuld und der geleisteten Zahlungen herrühre. Die Hauptursache ist in der

### Anordnung des Budgets,

die Deutschland gemäß oder mindestens gebildet hat, zu suchen. (Beifall.) Eine Zweifel gibt es noch ergänzende Ursachen, die diesen Fall bestärken. Die deutsche Handelsbilanz soll, was allerdings sehr schwer festzustellen ist, passiv sein. Solange die geordnete Finanzkontrolle nicht funktioniert, werden wir nicht wissen, wovon wir uns zu halten haben.

Der Redner erkennt allerdings an, daß Deutschland so wenig wie andere Länder im Augenblick seine auswärtigen Schulden mit Geld bezahlen könnte. Es könnte aber diese Schulden durch Heberleiung von Auslandsforderungen begleichen; denn Deutschland sei in der Lage, sich Auslandsforderungen zu verschaffen, wenn es seine Finanzen reformiere. Andererseits könne Deutschland durch Sachlieferungen und durch Leistung von Arbeit, sei es im zerbauten Gebiet, sei es bei öffentlichen Arbeiten von aufwendungsreicher Art, zahlen.

Poincaré kritisierte dann die Vorschläge des Abgeordneten Raynaud, die sich auf die Heberleiung eines Teiles der deutschen Anleihe auf das Ausland beziehen. Als letztes und überflüssiges Mittel bestreite für die Zahlung der deutschen Reparationsschulden

eine deutsche Auslandsanleihe oder mehrere solcher Anleihen übrig. Bevor eine solche Anleihe jedoch zustande komme, müsse die deutsche Währung stabilisiert werden. Frankreich (ebenfalls kann keine der Parteien aufgeben, die ihm der Verfallener Vertrag geliefert hat. Die bisherige englische Politik sei eine negative Politik, die auf die Dauer nicht ausreiche. Frankreich habe das Recht auf seiner Seite. In Weisheit müsse man alles tun, um Frankreich dieses Recht zu verschaffen.

### Die Konferenz von Lausanne.

England und die Balkanstaaten.

Am diesem Montag nachmittag findet in Lausanne die feierliche Eröffnung der Orientkonferenz durch den schweizerischen Bundespräsidenten Dr. Haub statt. Die Teilnehmer der Konferenz sind ausschließlich am Sonntag in Lausanne eingetroffen. Am Sonntag nachmittag war eine Begegnung Poincarés, Lord Curzons und Mussolinis in Territet bei Lausanne vorgesehen. Ob die Verhandlungen, Frankreich und England bei dieser Konferenz unter einem Hut zu bringen, von Erfolg gekrönt sein werden, bleibt abzuwarten. Die Stellung Eng-

land gegenüber der Konferenz ist ein wenig unklar. Die Beteiligten geeignete Werke und Vermittlungsanstalten gefordert werden können, angenommen. Ein Versehen, das ebenfalls von allen Parteien vorgelegt wird, und der die Mittel erhöhen will, die aus den Erträgen des Brantmettonopolis für wissenschaftliche und Wohlfahrtszwecke bereitgestellt sind, wird einem Ausschuss übergeben.

Darüber unterhielt man sich wieder eine Beside über die neue Geschäftsordnung, und dieser Beside über die Geschäftsordnung folgte sich eine Geschäftsordnungsdiskussion über die Frage an, ob der Reichstag am Montag und Dienstag Plenarsitzungen abhalten soll. Man sagte dabei sich und dem Reichstag einige kleine Lebenswichtigkeiten. Der Zentralratsabgeordnete Bell, der Vertagung bis Donnerstag vorgeschlag, meint, es entspreche nicht der Würde des Reichstages, daß man ein solches eine Versammlung zusammenfuge. Der Abg. Schulz (Bromberg (Nittl)) hält es für unmöglich, daß der Reichstag wie ein Mauerwerk auf den Freiert marren müsse, und der Kommunist Koenen behauptet gar, der Reichstag wolle nicht zu sachlicher Arbeit zusammenbleiben, sondern zu Schwelgereien. Bei der Abstimmung über einen Antrag Müller (Franken (Gos)) auf Abhaltung von Plenarsitzungen am Montag und Dienstag ergab sich Befehlsmehrheit. Präsident Loebe beräumte darauf die nächste Sitzung auf Montag 5 Uhr an.

### Deutsches Reich.

— Berlin, 20. November 1922.

Facelli wird Amtius in Berlin. Die Ernennung der neuen Kardinals wird eine Veränderung in der diplomatischen Vertretung des Vatikans im Reich haben. Montignone Sacallo wird zum Amtius in München an Stelle des bisherigen Amtius Montignone Facelli ernannt werden, in dessen Händen die Leitung der Berliner Mission verbleibt.

Der deutschnationale Antrag auf Einführung der Wahlprüfung besagt: „Unter Art. 125 a Verfassung wird folgender Art. 125 a eingefügt: Die Wahlberechtigten sind verpflichtet, bei den Wahlen zum Reichstag und zu den Reichsvertretungen der Länder ihr Stimmrecht auszuüben.“

Das Volksgerichtsurteil im Fehrenbach-Prozess bildete den Gegenstand einer sozialdemokratischen Interpellation im bayerischen Landtag. Justizminister Dr. Gürtner erklärte, in Verantwortung der Interpellation, daß hinsichtlich der Angriffe gegen das Reichstribunal festhalten sei, daß die Volksgerichte für Landesverwalter zuständig seien. Es geht er den Sachverhaltigen beige Autorität einräume, so wenig könnte er aber zugeben, daß das Urteil eines Sachverständigen über das Urteil eines Gerichts zu stellen sei. An der Gerechtigkeit des Urteils könne kein Zweifel bestehen. Die hohen Strafen verhängten sich aus den schweren Umständen, die der deutschen Volksgerechtigkeit und der deutschen Arbeiterschaft aus der Veramtung des Ritter-Telegramms erwachsen seien.

Die Verordnung der religiösen Freiheit betrifft eine Anfrage der deutschnationalen Fraktion im Reichstage, in der es heißt: Die Verwaltungspraxis in den Ländern Sachsen, Thüringen und Schaumburg-Lippe wendet sich immer mehr gegen die religiöse Freiheit. Der Schutz der kirchlichen Feiertage wird immer weiter abgebaut. Die zur Festlegung der Feiertage notwendigen Mittel werden gegen den Art. 138, Abs. 1 und 183, der Reichsverfassung nicht entsprechend der Geldentwertung ausgezahlt. Der konfessionelle Charakter der Schulen wird häufig mehr vermindert.

Katowski an den Reichsanwalt. Der Reichsanwalt hat aus Anlaß der Ausdehnung des Kapallo-Vertrages auf die Ukraine ein Telegramm an den deutschen Reichsanwalt gerichtet, worin er auf die große wirtschaftliche Bedeutung des Vertragsabchlusses hinweist.

Rechtssetzung der Zuständigkeitsgrenzen der Gerichte. Die für die Festsetzung der Zuständigkeitsgrenzen der Gerichte und Kaufmannsgerichte erforderlich gemacht. Es wird in einem Gesetzentwurf vorgelegt, der dem Reichstag vorgelegt ist. Die Gemeindegrenze soll für Arbeiter, wie bisher, ohne Schranken, für Vertriebsbeamte, Wirtschaftler und Techniker bis zu einem Jahresverdienst von 500 000 M. (bisher 100 000 M.) gültig bleiben; ebenso die Kaufmannsgerichte für Handlungsgeschäfte. Die Berufungsgrenze ist von jetzt 5000 (bei den Kaufmannsgerichten 6000) auf 20 000 M. heraufgesetzt. Auch die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte wird verändert werden müssen. Die Deutschnationalen haben bereits einen Antrag auf Erhöhung der amtsgerichtlichen Zuständigkeit in ver-



Die Liberalen sind der Meinung, daß die Liberalen sich gegenüber 121 erhalten, während die Liberalen sich gegenüber 34 Stimmen zu berechnen haben. Von den weiblichen Kandidaten wurden nur drei gewählt.

Die Hoffnungen der Arbeiterpartei. Die Arbeiterpartei veröffentlicht jetzt sofort nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses eine Erklärung, in der sie u. a. sagt, daß der Wahlsieg der Arbeiterpartei größer sei, als der jeder anderen Partei. Die eroberten Sitze seien auf eine weite Fläche verteilt, so daß man heute nicht mehr sagen kann, die ganze Kraft der Arbeiterpartei liege in einigen Industriezentren. Die Arbeiterpartei sei das politische Erbe der Radikalen. Es gäbe für die Zukunft nur zwei Möglichkeiten: entweder eine konservative oder eine Arbeiterregierung. Auch den Frauen hätte die Arbeiterpartei viele Sitze zu verdanken. Zum Schluß der Erklärung wird die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß bei den nächsten Wahlen die Arbeiterpartei die konservativen übertrumpfen werde.

### Hausliche Angelegenheiten.

Aus dem Reichstag.

— Berlin, den 18. November.

Die heutige Sitzung des Reichstages war kurz und schmerzlos. Sie nahm ein vorzeitiges Ende durch Feststellung der Befehlsmehrheit. Zunächst wurde ein von allen Parteien eingehender Gesetzentwurf, wonach bei Wahlen Beiträge für die im Interesse der